

# Wirtschaft für alle – 5. Tag der ökonomischen Bildung in Münster

Rund 110 Personen waren am 14.3.2018 zum 5. Tag der ökonomischen Bildung nach Münster gekommen: Lehrkräfte aller Schulformen, Hochschullehrende und Lehramtsstudierende, die wissen und diskutieren wollten, wie es mit der ökonomischen Bildung im Lande Nordrhein-Westfalen weitergehen soll. Die vom Verband Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen in Kooperation mit dem IÖB Münster und mit Unterstützung des Zentrums für Lehrerbildung an der Universität Münster geförderte Tagung stand ganz im Zeichen der Absicht der nordrheinwestfälischen Landesregierung, flächendeckend ein Fach Wirtschaft einzuführen. „Wirtschaft für alle“ hatten die Veranstalter deshalb als Motto ausgegeben.

## Den fachdidaktischen Teufelskreis durchbrechen

Den Auftakt machte der Oldenburger Wirtschaftsdidaktiker *Prof. Dr. Dirk Loerwald* mit einem Überblick über die Institutionalisierung der ökonomischen Bildung in Deutschland, die im Flickenteppich des deutschen Bildungsföderalismus in eine Unzahl von Fachkonstruktionen und Fachbezeichnungen zersplittert sei: eigenständiges Fach Wirtschaft wie an den niedersächsischen Haupt-, Real- und Oberschulen, Kombinationsfach Wirtschaft und Recht wie in Bayern und Thüringen, Bestandteil von Fächerverbänden wie Arbeit-Wirtschaft-Technik oder von Integrationsfächern wie Sozialwissenschaften oder Politik-Wirtschaft in NRW oder Themenfeld des Faches Politik wie an den rheinlandpfälzischen Gymnasien. Diese Zersplitterung habe gravierende Folgen für die Lehrerbildung, die fachdidaktische Forschung, die curriculare Entwicklung, die Schulbuchproduktion. Nur mit einem obligatorischen Schulfach Wirtschaft könne der fachdidaktische „Teufelskreis“ (kein Fach – keine Studien- und Ausbildungsgänge – keine Fachlehrer – kein Fachunterricht) durchbrochen werden.

## Aus dem Modellversuch lernen

In der anschließenden Podiumsdiskussion bilanzierten *Andrea Rudel* (Erich-Klausener-Realschule Münster), *Gregor Wegmann* (Fürstin-von-Gallitzin-Schule Münster) und *Prof. Dr. Werner A. Halver* (Hochschule Ruhr West) ihre Erfahrungen mit dem von der Vorgängerregierung eingestellten Modellversuch Wirtschaft an Realschulen. Die Motivation der Schülerinnen und Schüler sei aufgrund der aktuellen, lebensnahen und handlungsorientiert aufbereiteten Themen ungewöhnlich hoch gewesen. Und dank der festen Verankerung im Fächerkanon sei es leichter möglich gewesen, längerfristig angelegte Projekte durchzuführen, die unter den üblichen schulischen Bedingungen kaum realisierbar seien, z.B. Erkundungen von Supermärkten und Produktionsbetrieben, Planspiele, Umfragen und Expertenbefragungen. Zur Organisation der Praxiskontakte seien zahlreiche Kooperationen mit Betrieben vor Ort eingegangen worden, ohne dass es jemals zu den befürchteten einseitigen Einflussnahmen auf schulische Bildungsprozesse gekommen sei. Den besten Schutz vor einem lobbyistischen Zugriff auf Schule böten ohnehin fachlich qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer und in der Sache mündige Schülerinnen und Schüler. Der Modellversuch habe eindeutig bewiesen, dass ein Schulfach Wirtschaft für Eltern, Schüler und Lehrer attraktiv und bei entsprechenden Aus- und Fortbildungsprogrammen, angemessenen curricularen Vorgaben und geeigneten Unterstützungssystemen mittelfristig umsetzbar sei.

## Anregungen für den Unterricht

Auf großes Interesse stießen die Workshops, die ein breites thematisches und methodisches Spektrum eröffneten und vielfältige Anregungen für die Unterrichtspraxis boten. *Philipp Hoff* von der Steuerberaterkammer Westfalen-Lippe demonstrierte am Beispiel des Themas Steuern den Stellenwert und konkrete Ansatzpunkte finanzieller Allgemeinbildung im Wirtschaftsunterricht der Sekundarstufe I. *Prof. Dr. Dirk Loerwald* vom IÖB an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg lotete anhand praktischer Übungen mit den Teilnehmenden die didaktischen Potenziale von Experimenten zur Erschließung und Reflexion ethischer Herausforderungen wirtschaftlichen Handelns aus. *Prof. Dr. Thomas Retzmann* von der

Universität Duisburg-Essen sowie *Dr. Michael Schuhen* und Dipl.-Gymnasiallehrer *Manuel Froitzheim* vom ZöBiS an der Universität Siegen zeigten an den Themen Verbraucherbildung und Marktwirtschaft exemplarisch die Chancen eines interaktiven Wirtschaftsunterrichts mit dem elektronischen Schulbuch auf. *Jan-Martin Geiger* und *Maximilian Schimanski* vom Lehrstuhl Entrepreneurship und Ökonomische Bildung an der TU Dortmund führten am Beispiel des Börsenplanspiels „CCC Shareholder“ in die wirtschaftsdidaktische Großform Planspiele ein. *Sabine Gans*, Lehrerin an der Kurfürst-Balduin-Realschule plus Wittlich und teilabgeordnete Lehrerin an der Universität Trier, berichtete im Workshop „Schülerfirmenprojekte als Möglichkeit ganzheitlicher Kompetenzentwicklung“, wie das Fach Wirtschaft in den Klassenstufen 8 / 9 durch den Projektverlauf eines Schülerfirmenjahres strukturiert werden kann.

### **Es kam der Staatssekretär**

Für die wegen eines kurzfristig anberaumten KMK-Termins verhinderte Ministerin *Yvonne Gebauer* sprang ihr Staatssekretär *Mathias Richter* ein. CDU und FDP hatten in ihrem Koalitionsvertrag vom 16.6.2017 ihren Willen bekundet, „an allen weiterführenden Schulen das Schulfach Wirtschaft zu etablieren, in dem unter anderem Kenntnisse unserer Wirtschaftsordnung ebenso wie Aspekte der Verbraucherbildung vermittelt werden sollen“.

Mathias Richter sprach zunächst über bildungspolitische Herausforderungen im Lande Nordrhein-Westfalen: die Rückkehr von G8 nach G9, die Lösung der Probleme bei der Umsetzung der Inklusion, die Knappheit der personellen und finanziellen Ressourcen. Der Zeit- und Handlungsdruck sei enorm. Und dennoch verliere das Ministerium das Ziel einer breiten ökonomischen Bildung nicht aus den Augen, die zur Urteils- und Handlungsfähigkeit in Fragen der Berufsorientierung, Verbraucherbildung, Wirtschaftsordnung, Wirtschaftspolitik und Weltwirtschaft beitrage. Im Rahmen der vorrangigen Aktualisierung der Kernlehrpläne für das künftige neunjährige Gymnasium komme es zunächst einmal darauf an, den ökonomischen Lernbereich im Rahmen der bestehenden Fächer Politik-Wirtschaft in der Sekundarstufe I und Sozialwissenschaften in der Oberstufe „auszuschärfen“ und auch quantitativ im Rahmen der neuen Stundentafel (188 Stunden in der Sekundarstufe I) zu stärken. Gleichzeitig aber müsse man angesichts grassierender populistischer Tendenzen auch den berechtigten Anliegen der politischen Bildung Rechnung tragen. Bei der Überarbeitung der Lehrpläne werde geachtet auf Fachlichkeit, konkrete Inhalte, fachliche Sachkompetenz, fachspezifische Methodenkompetenz und Beurteilungsfähigkeit. Ziel sei der mündige Bürger. Ein Ja zum Schulfach Wirtschaft hieße aber auch vorher zu „überprüfen, was in anderen Fächern schon an Inhalten vorhanden sei“. Fort- und Ausbildung der Lehrkräfte erforderten die notwendigen Ressourcen. Man besaße sich sehr konkret und „so schnell wie möglich“ mit der Implementierung der ökonomischen Bildung; dabei peile man das Jahr 2020 an.

### **Lebhafte Diskussion**

Den zahlreichen Beteiligten an der anschließenden Diskussion gingen die Ausführungen des Staatssekretärs nicht weit genug. Unverzüglich müsse mit der Änderung der Stundentafeln, mit der Entwicklung neuer Curricula, mit flächendeckenden Fortbildungsveranstaltungen und mit dem Aufbau entsprechender Studiengänge begonnen werden. Man habe Verständnis dafür, dass die Etablierung eines neuen Faches Zeit brauche und dass Übergangslösungen nötig sein könnten. Das Ziel aber müsse klar sein: ein Fach Wirtschaft für alle. Dazu müssten die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen wie an den Universitäten eingebunden werden. Man sei bereit, in Kommissionen und Arbeitskreisen an der Entwicklung von Curricula, Fortbildungskonzepten, Unterrichtseinheiten und Materialien mitzuwirken. Die Zeit der Reden über die Bedeutsamkeit „ökonomischer Bildung“ sei vorbei; jetzt sei die Zeit zu handeln.

Eine kleine **Tagungsdokumentation**, die nach Möglichkeit noch weiter ergänzt werden wird, finden Sie [hier](#).